

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche
Ordnung und Bevölkerungsschutz
am Dienstag, den 06.10.2026, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:24 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht zu aktuellen Themen im Bereich Brand- schutz	143/2026 5 – 6
3.	Entwicklung eines neuen Standorts für das Feu- erwehrausbildungszentrum	137/2026 7
4.	Anfragen der Kreistagsmitglieder	8
<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		
1.	Entwicklung eines neuen Standorts für das Feu- erwehrausbildungszentrum - Vertragsangele- genheiten	138/2026 9

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Altewische, Ulrich
Anlauf, Andreas
Asselmann, Felix
Blömker, Franz-Ludwig
Claßen, Anne
Dinter, Dennis
Duhme, Elke
Goß, Stephan
Grap, Valeska
Grunewald-Poch, Kirsten Ursula
Kaup, Winfried
Dr. Keitlinghaus, Ulrike Christine
Kühnel, Andreas
Lehmann, Peter
Maschelski-Werning, Sophia
Rosenbaum, Ulf
Vöcking, Knud
stellv. Ausschussmitglieder
Schneider, Thomas
Stelthove, Karl
von der Verwaltung
Altenseuer, Udo
Borgstedt, Hendrik
Dirks, Bettina
Frerich, Michael
Hillebrand, Patrik
Schreier, Petra

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Mindermann, Ursula
Werner, Olaf Martin

Herr Blömker eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie den Vertreter der Presse.

Er stellt fest, dass der Ausschuss form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil**1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Herr Blömker bemerkt, dass keine Einwohnerfragen vorliegen, ermöglicht an dieser Stelle aber gerne Frau Schreier, einen zusätzlichen Punkt vorzutragen.

Frau Schreier stellt klar, dass der Kreis Warendorf im Zusammenhang mit der sogenannten Coesfelder Liste nicht untätig war. Am 20. November 2024 hatte die ZAB Coesfeld alle kommunalen Ausländerbehörden angeschrieben, um ausreisepflichtigen Personen aus den Westbalkanstaaten zu prüfen. Der Kreis Warendorf erhielt eine Liste mit zehn Personen. Diese Fälle wurden sofort geprüft: sieben Personen waren bereits zur Rückführung vorgesehen und zwischenzeitlich zurückgeführt worden; eine Person unterlag einem Abschiebeverbot und wurde der ZAB entsprechend gemeldet; bei zwei Personen standen rechtliche oder datenschutzbedingte Gründe einer Rückführung entgegen. Daher musste die angebotene Unterstützung der ZAB Coesfeld nicht in Anspruch genommen werden. Die Rückmeldung an die ZAB erfolgte zwei Tage später. Frau Schreier betont, die Ausländerbehörde handle proaktiv, nutze bei Bedarf Amtshilfe und habe bereits erfolgreich ein Westbalkan-Programm zur Förderung freiwilliger Ausreisen durchgeführt. Damit sei der Eindruck widerlegt, der Kreis habe das Angebot der ZAB ignoriert.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und fährt mit der Tagesordnung fort.

2. Bericht zu aktuellen Themen im Bereich Brandschutz**143/2026**

Herr Blömker bittet Herrn Kreisbrandmeister Hillebrand um seinen Bericht. Herr Hillebrand erklärt die Rolle des Kreisbrandmeisters und seiner Vertreter als fachliche Berater des Landrats, Aufsichtsinstanz über die Feuerwehren und Bindeglied zur Kreisverwaltung; sie beraten bei Bestellung von Wehrleitern und unterstützen Kommunen auf Nachfrage.

Herr Hillebrand berichtet über Einsatzführung/Einsatzunterstützung, überörtliche Koordinierung und aktuelle Entwicklungen. Im letzten Jahr waren der Kreisbrandmeister und die Vertreter zu 301 Einsätzen alarmiert. Bei größeren Lagen wird zentral aus einem neuen Führungs- und Lagezentrum geführt, das Lagebilder aus allen 13 Kommunen bündelt und überörtliche Entscheidungen ermöglicht. Zusätzlich zum Kreisbrandmeister und den zwei Vertretern wurden zwei weitere bestellte Einsatzleiter benannt, sodass nun fünf Einsatzleiter für den operativ-taktischen Teil zur Verfügung stehen.

Zum Einsatz in Marsberg berichtet Herr Hillebrand, dass der Einsatz sich über mehr als 37 Stunden erstreckte und über 300 Einsatzkräfte inklusive Ablöse im Einsatz waren. Die Brandausbreitung konnte erfolgreich verhindert werden. Bis Ende September gab es auch im Kreis Warendorf 32 Wald-/Vegetationsbrände zwischen 10 und 30.000 m², die jedoch alle beherrschbar waren.

Zur Ausstattung erklärt Herr Hillebrand, dass das Land NRW acht Tanklöschfahrzeuge vom Typ TLF 3000 für Vegetationsbrände bereitstellt, eines wird dem Kreis Warendorf zugeteilt. Die Ausbildung soll kreisweit erfolgen. Das Fahrzeug benötigt sechs Besatzungsmitglieder, für den Schichtbetrieb sind 36 Personen mit speziellen Anforderungen erforderlich. Die ursprünglich für ein vergleichbares Fahrzeug geplante Kreis-Investition in Höhe von 500.000 € kann damit entfallen.

Aktuell werden drei Gefahrenabwehrpläne (Extremwetter, Massenanfall Verletzter, ABC-Gefahren) durch den Kreis Warendorf erstellt. Der Kreisfeuerwehrverband führt die gesetzliche Ausbildung mit knapp 70 ehrenamtlichen Ausbildern durch, etwa 25 Lehrgänge mit rund 650 Teilnehmenden finden jährlich statt. Hinzu kommen rund 400 Bundeswehr-Rekruten.

Herr Blömker dankt für den Bericht. Herr Stelthove fragt nach Maßnahmen zur Prävention. Herr Hillebrand erläutert hierzu die Brandschutzbildung bereits in Kindergärten, Waldtage und Öffentlichkeitsarbeit zum Beispiel bei Tagen der offenen Tür. Zur Frage, ob Großschadensereignisse künftig hauptberuflich bewältigt werden müssten, erklärt Herr Hillebrand, das System beruhe auf Ehrenamt; hauptberufliche Vorhaltung in erforderlicher Größenordnung sei finanziell und organisatorisch nicht darstellbar. Stattdessen brauche es mehr Unterstützung und Anreize fürs Ehrenamt. Zusätzliche Landesmittel seien willkommen.

Zur Frage von Frau Duhme, ob die Erkenntnisse aus Marsberg in die Waldbrandübung in Telgte eingeflossen seien, erläutert Herr Hillebrand, dass die Erkenntnisse noch nicht vollständig ausgewertet wurden. Großübungen hält Herr Hillebrand

für wichtig und erforderlich, ihre Durchführung erfordert aber Personal und Koordination vieler Akteure. Zur Frage nach der Drohnentechnik berichtet Herr Hillebrand, der Kreis verfügt über zwei Einsatzdrohnen; ein kreisweites Drohnenportal vernetzt inzwischen sieben Drohneneinheiten zu einem einheitlichen Lagebild, was die Einsatzführung deutlich verbessert.

Herr Blömker schließt den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis auf die kontinuierliche Weiterentwicklung zum Schutz der Bevölkerung.

3.	Entwicklung eines neuen Standorts für das Feuerwehrausbildungszentrum	137/2026
-----------	--	-----------------

Herr Blömker eröffnet den Tagesordnungspunkt zum neuen Standort für das Feuerwehrausbildungszentrum und weist auf den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion. Viele Antworten würden sich aus den Ausführungen und den bereits bei den letzten Sitzungen geführten Diskussionen ergeben. Frau Schreier führt in die Vorgeschichte ein. Ursprünglich war ein größeres Bevölkerungsschutzzentrum in drei Stufen vorgesehen, umgesetzt wurde vorerst die Multifunktionshalle; eine Hochregallagerlösung durch die Firma Niehoff machte einen weiteren Bauabschnitt überflüssig. Die Feuerwehrausbildung fand zunächst in Ahlen-Brockhausen, dann in einer Gewerbeimmobilie in Neubeckum statt; diese wird nun anderweitig genutzt, sodass dauerhaft ein Ersatzstandort nötig ist. Der Kreis ist originär zuständig, hat die Aufgabe jedoch an den Kreisfeuerwehrverband delegiert und dankt den rund 2.300 Ehrenamtlichen. Ziel ist ein dauerhaftes Ausbildungszentrum als verlässliche Grundlage angesichts der Sicherheitslage.

Prüfungen anderer Standorte (Kreishaus, Anbindung an Multifunktionshalle) scheiterten aus rechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Gründen. Viele Hallen im Kreis haben nicht die nötige Höhe für realistische Übungsszenarien; die Firma Niehoff in Freckenhorst bot eine geeignete Industriehalle mit notwendiger Höhe neben dem Hochregallager an. Parallel wurden die Bürgermeister und die Leiter der Feuerwehren aus dem Kreis Warendorf um Standortvorschläge gebeten, jedoch ohne Ergebnis. Die Lösung an der Schlosserstraße in Warendorf-Freckenhorst wird aufgrund örtlicher Gegebenheiten und Synergien als geeignet angesehen; Haushaltsansätze für 2027 sind vorgesehen, Details und Kosten werden im nichtöffentlichen Teil berichtet.

Herr Borgstedt beschreibt die Anforderungen: Hallenhöhe, Emissionsverträglichkeit, baulicher Zustand, Befahrbarkeit, Rampe, Beheizung, Belüftung, Beleuchtung. Herr Niehoff gilt als geeigneter Vermieter; er hat bereits investiert (Dach, Fassaden, Umfahrt), die Halle ist in gutem Zustand, mit großem Tor und Rampe. Zusätzlich soll auf einem Niehoff-Grundstück ein separates Schulungsgebäude errichtet werden, das Niehoff plant und baut und an den Kreis vermietet. Seminarräume sollen auch von Städten/Gemeinden genutzt werden können; die Übungshalle steht an Samstagen und ggf. wochentags abends zur Verfügung.

Die SPD, die CDU und B 90 / Die Grünen begrüßen die Lösung und die Synergieeffekte. Auf Nachfrage zur Bauzeit geht Herr Borgstedt von der Fertigstellung des Seminargebäudes in der zweiten Jahreshälfte 2028 aus. Die FWG-Fraktion hat einen Antrag eingereicht; Unklarheiten zur Vorgeschichte und Kostenverknüpfung zur Haushaltsberatung wurden angesprochen. Auf Anfrage von Herrn Blömker zieht die FWG den Antrag nicht zurück, der Antrag bleibt in den weiteren Ausschüssen zur Beratung. Einvernehmen wird festgestellt und die Beratung geschlossen.

4. Anfragen der Kreistagsmitglieder	
--	--

Herr Blömker eröffnet den Tagesordnungspunkt „Anfragen der Kreistagsmitglieder“ und gibt das Wort an Frau Maschelski-Werning. Sie berichtet, die Presse habe von Überbelegung im Ahlener Tierheim und der Zuführung von 27 Katzen durch das Veterinäramt berichtet und bittet um einen Sachstandsbericht. Frau Schreier erinnert an die Anmeldefrist für Anfragen, die am Vortag bis 12.00 Uhr vorliegen müssen und erläutert, dass zu der Katzenschutzverordnung bereits ein erster Bericht von Herrn Dr. Hemmis vorliegt. Die dafür vorgesehenen, degressiv veranschlagten Mittel seien noch nicht vollständig abgerufen; man warte auf weitere Abrechnungen insbesondere des Ahlener Tierheims. Der Kreis übernehme Tierarztkosten nur, wenn sie unmittelbar mit Kastrationen zusammenhängen; weitergehende Kosten könne das Tierheim nicht abrechnen. Frau Schreier hofft auf zeitnahe Abrechnungen, damit der Ansatz nach Möglichkeit im Sinne der Katzenschutzverordnung auch ausgeschöpft werden kann. Sie betont, der Kreis subventioniere das Tierheim nicht, es gehe um die Umsetzung der Katzenschutzverordnung. Die Hauptverantwortung läge bei den Städten und Gemeinden, die Verträge mit dem Tierheim haben. Auf Nachfrage nennt Frau Schreier die Kapazität für Katzen mit etwa 95 Tieren; die Aufnahme von Kitten oder großer Abgaben (wie 27 Katzen aus einem Messi-Haushalt) führe jedoch kurzfristig zu Überbelegungen. In solchen Fällen werde zunächst großzügig gehandelt, langfristig dürfe die Kapazität aber nicht dauerhaft überschritten werden; gegebenenfalls müsse eingeschritten werden. Sie hofft auf Pflegestellen zur Entlastung und appelliert an Katzenhalter, freilaufende Katzen kastrieren zu lassen. Herr Blömker ergänzt aus einem Gespräch mit dem Tierheim, dass es eine gewisse, vom Veterinäramt veranlasste Überbelegung gab, das Tierheim aber auf die Einhaltung der Kapazität geachtet habe und der Austausch mit der Behörde positiv war. Er schließt den Tagesordnungspunkt.

Herr Blömker schließt mit einem Dank für die konstruktive Mitarbeit die Sitzung um 10.24 Uhr.



Franz-Ludwig Blömker
Vorsitzender



Ltd. KRDin Petra Schreier
Schriftführerin